

01) Gedenktafeln für Hugo Conwentz, dem Begründer der staatlich organisierten Naturdenkmalpflege. Antrag der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin an die zuständige Historische Kommission zu Berlin

**Landsmannschaft Westpreußen e.V. - Berlin
Westpreußisches Bildungswerk Berlin-Brandenburg
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft für Ostkunde im Unterricht**

Postbank Berlin IBAN DE 26 100 100 10 0001199 101 BIC BNKDEFF
Brandenburgische Straße 24, 12167 Berlin-Steglitz
Mo 10 – 12 Uhr und n.V. (Ruf: 030-257 97 533 mit AA und Fernabfrage)
westpreussenberlin@gmail.com
www.westpreussen-berlin.de

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Ute Breitsprecher
Ruf: 030-254 97 533; Fax auf Anfrage
Schatzmeister: Dieter Kosbab, Ruf: 030-661 24 22

27.03.2021

An die
Historische Kommission zu Berlin e.V. z.K. *Bezirksbürgermeisterin*
Jägerstraße 22/23 *Angelika Schöttler*
10117 Berlin
info@hiko-berlin.de

Antrag für Gedenktafeln für Hugo Conwentz

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit sende ich Ihnen namens der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin den Antrag für „Berliner Gedenktafeln“ zu Ehren von Hugo Conwentz.
Wir meinen, die Gedenktafeln sind überfällig. Hugo Conwentz hat sie verdient!

Über die Bezirksbürgermeisterin von Berlin Tempelhof-Schöneberg wurden auch die Fraktionen der Bezirksverordnetenversammlung des Bezirks über den Antrag informiert. Von daher kam auch der Hinweis, die „Berliner Gedenktafeln“ bei der Historischen Kommission zu Berlin zu beantragen.
Ich bitte, den Eingang unseres Antrages per MAIL zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Bezirklicher Planungsbeauftragter
von Berlin Tempelhof-Schöneberg (BzBm-Plab) a.D.
als Vorsitzender der LM Westpreußen e. V. Berlin
c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

Anlagen: 1) Antrag in Maske der Histor.Kommission zu Berlin, 2) Unterschrift (Scan)

Anträge für „Berliner Gedenktafeln“ zu Ehren von Hugo Conwentz:

1) am Gebäude Grunewaldstraße 6-7, Berlin-Schöneberg

In diesem Hause befand sich seit dem 1.10.1910 die in Danzig (Westpreußen) 1906 entstandene „Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“.

Erster Direktor war, bis zu seinem Tode, Hugo Conwentz (* 20.01.1855 Sankt Albrecht bei Danzig; † 12. Mai 1922 in Berlin).

Hugo Conwentz gilt als Begründer des staatlich organisierten deutschen und europäischen Naturschutzes.

2) Wartburgstraße 54, Berlin-Schöneberg

Hier wohnte von 1910 bis zu seinem Tode

Hugo Conwentz (* 20.01.1855 Sankt Albrecht bei Danzig; † 12. Mai 1922 in Berlin).

Auf seine Initiative erfolgte die Gründung der „Staatlichen Stelle für Naturdenkmalpflege in Preußen“ 1906 in Danzig (Westpreußen). Sie wurde zum 1.10.1910 in das nahe Alte Botanische Museum, Grunewaldstraße 6-7, in Schöneberg verlegt.

Hugo Conwentz gilt als Begründer des staatlich organisierten deutschen und europäischen Naturschutzes.

Begründung: Die Verdienste von Hugo Conwentz für Landeskunde und Naturschutz in Westpreußen, wie auch für das Königreich Preußen bzw. das Deutsche Reich, können nicht bestritten werden. Als Begründer des deutschen und des europäischen Naturschutzes, mit weltweiten Auswirkungen, hat er sich in hohem Maße verdient gemacht.

Im Jahre 2014 hat der Senat von Berlin entschieden, das Ehrengrab in Stahnsdorf nicht mehr zu verlängern. Diese Entscheidung ist nicht nachvollziehbar und geht wohl auf mangelnde Kenntnisse zurück. Für die Grabanlage, die Ende der 1930er Jahre vom Alten Matthäus-Friedhof nach Stahnsdorf verlegt worden war, hat daraufhin die Stiftung Naturschutzgeschichte (Königswinter) die Pflege übernommen.

Zum 150. Todestag von Hugo Conwentz hatte die Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin 2005 eine Tagung veranstaltet, die noch öffentlich dokumentiert werden soll. Die damalige Rede der Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf (damals Patenbezirk der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin) ist im aktuellen Mitteilungsblatt Nr. 122 (Januar bis März 2021), S. 5-6, abgedruckt:

http://www.westpreussen-berlin.de/Mitt122/LW_MB_122_1-6_Januar%20-%20Maerz_2021-1.pdf.

W. ERZ (1997) hat die Leistungen CONWENTZ' in gedrängter Form so zusammengefasst:

1. Fundierung fester, abgegrenzter Vorstellungen für eine aus dem Heimat-, Natur- und Landschaftsschutz herrührende begrenzte Kernaufgabe des Reservatschutzes noch natürlicher Rest-Landschaft oder von Landschaftsteilen in einem landesweiten, repräsentativen Objekt- und Gebietsschutz nach Kriterien der Seltenheit und Besonderheit als „Naturdenkmalpflege“ in einem nachvollziehbaren, umsetzungsorientierten, verständlich dargestellten Programm (s. Denkschrift 1904). Die Nachwelt verdankt CONWENTZ eine Vielzahl von Naturdenkmälern und Naturschutzgebieten.

1. Sofortige tatkräftige Umsetzung dieses Programms für die Fundierung eines Reservatsnetzes ... unter Ausbau dieser mindestens in Europa ersten Naturschutz-Institution zu einer Orientierung vermittelnden und richtungweisenden Zentrale für Preußen und darüber hinaus mit hohem Imagewert in der „Fachwelt“ (Staatliche Stelle für Naturdenkmalpflege).

2. Aufbau und Betreuung eines Netzes von Komitees für Naturdenkmalpflege auf Provinz-, Regierungsbezirks- und weitestgehend auch Kreisebene mit Kommissaren als ehrenamtliche Organisationen des Naturschutzes (die bis in die 70er Jahre des 20. Jahrhunderts Träger des Naturschutzes waren, bis sie von staatlichen Verwaltungen abgelöst wurden).

3. Entwicklung einer umfassenden und intensiven zielgerichteten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Schriftenreihen „Beiträge zur Naturdenkmalpflege“ [1910] und „Naturdenkmäler“ [1912]); Einrichtung regelmäßiger Jahreskonferenzen für Naturdenkmalpflege (ab 1908); Vortragsveranstaltungen; Zusammenarbeit mit privaten und staatlichen Institutionen. (CONWENTZ' Kartei enthielt 1918 264 Verbände).

4. Zusammenwirken mit verschiedensten Institutionen im Interesse des Naturschutzes (Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Kirchen, Schulen, Militär [Karten, Truppenübungsplätze]).

Über Hugo Conwentz und sein Werk informieren zahlreiche Veröffentlichungen. So sind – neben dem WIKIPEDIA-Beitrag (zuletzt bearbeitet 18.01.2021) u.a. zu nennen:

Margarete Boie: Hugo Conwentz und seine Heimat. Ein Buch der Erinnerungen. Steinkopf, Stuttgart 1940.

Wolfgang Erz: Naturdenkmalpflege: Vom „Pritzelkram“ zum Welterbe – Zum 75. Todestag von Hugo Conwentz. In: Natur und Landschaft. 72. Jg., S. 245-247.

Hans-Jürgen Kämpfert: Hugo Conwentz aus Danzig. In: Westpreußen-Jahrbuch, Band 47, Münster 1997, S. 83–94, ISBN 3-9802031-8-2.

Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel.

Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).

Münster / Westfalen: Nikolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.

= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.

ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

- Thomas Marin: Hugo Conwentz (1855–1922) – Begründer des staatlichen Naturschutzes.
In: Thomas Marin (Hrsg.): Ruheplatz im Grünen: Pflanzenwelt, Gartengestaltung und Naturforscher auf dem Südwestkirchhof in Stahnsdorf, Books on Demand, Norderstedt 2009, ISBN 978-3-8370-6716-3, S. 77–87 (eingeschränkte Vorschau in der Google-Buchsuche).
- Albrecht Milnik: Hugo Conwentz – Klassiker des Naturschutzes. Sein Waldweg zum Naturschutz. 3., verbesserte und aktualisierte Auflage. Kessel, Remagen-Oberwinter 2006, ISBN 3-935638-58-2.
- Walther Schoenichen: Naturschutz, Heimatschutz. Ihre Begründung durch Ernst Rudorff, Hugo Conwentz und ihre Vorläufer. Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1954.
- Stefan Vogel: Conwentz, Hugo Wilhelm. In: Neue Deutsche Biographie (NDB). Band 3, Duncker & Humblot, Berlin 1957, ISBN 3-428-00184-2, S. 347 (Digitalisat).

Reinhard M. W. Hanke,

Bezirklicher Planungsbeauftragter von Tempelhof-Schöneberg (BzBm-Plab) a. D.

namens der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin

c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin:

Brandenburgische Straße 24 Steglitz

12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage

www.westpreussen-berlin.de

www.ostmitteleuropa.de

01) Der A. E. Johann-Preis 2022 startet a sofort

WER WAR A. E. JOHANN?

Der Namensgeber dieses Wettbewerbs, A. E. Johann, lebte von 1901 bis 1996 und war zu seiner Zeit der erfolgreichste deutschsprachige Reiseschriftsteller. Er reiste mehrfach um die ganze Welt und schuf rund 100 Bücher, die eine Gesamtauflage von über 20 Millionen Exemplaren erreichten. Viele seiner Bücher wurden in andere Sprachen übersetzt. Schon in seinen ersten beiden Büchern, „Mit 20 Dukaten in den Wilden Westen“ und „40.000 Kilometer – eine Jagd auf Mosekaten und Dinge rund um Asien“, die beide Ende der 1920er Jahre erschienen und Bestseller waren, schilderte A. E. Johann nicht nur seine persönlichen Reiseerlebnisse als Tourist, sondern hauptsächlich auch die Lebensverhältnisse der Menschen in den jeweiligen Ländern und ihre sozialen und wirtschaftliche Strukturen.

So gelang es ihm, über die allgemeine Reisebeschreibung hinausgehend, ein authentisches, durchaus kritisches Bild von Land und Leuten zu zeichnen und damit zum besseren Verständnis fremder Kulturen beizutragen. In diesem Sinne möchten wir euch dazu ermuntern neugierig und vorurteilslos, mit offenen Augen und Ohren, auf Entdeckungstour zu gehen – egal ob in der Ferne oder wieder in eurer Heimat – und über eure Eindrücke, Erlebnisse und Eindrücke zu schreiben.

Mehr über A. E. Johann, sein Leben und seine Bücher findet ihr in dem neuen Buch „Ein Leben auf Reisen“ und im Internet unter der Adresse

www.a-e-johann.de

WER STEHT HINTER DEM A. E. JOHANN-PREIS?

Der Wettbewerb um den A. E. JOHANN-Preis wird ausgerichtet von einem Netzwerk, dazu gehören:

- A. E. Johann-Gesellschaft e.V.
- Lions-Club Wittingen
- Förderverein der H. Bulting GmbH & Co. KG, Knechtel
- Kulturverein Hankensbüttel
- Kulturverein Wittingen
- Kulturverein Wessendorf
- Literaturwerkstatt der Kreisbibliothekschule Gifhorn
- Saartgenossenschaft Hankensbüttel
- Medienwerkstatt

Wirtsgast Land

A. E. JOHANN-Preis 2022

UNTER FREMDEN STERNEN

REISEN & SCHREIBEN

EIN WETTBEWERB FÜR JUNGE LEUTE BIS 25

WEITERE INFORMATIONEN ZUM WETTBEWERB BEI FACEBOOK: [A. E. JOHANN-Preis 2022](#)

MITMACHEN UND GEWINNEN!

UNTER FREMDEN STERNEN

LÄNDER, MENSCHEN UND KULTUREN ...

... kennen und verstehen lernen, andere Sprachen sprechen, neue Freunde finden, Abenteuer bestehen, das Helmschiff bezwingen – all das und noch viel mehr ist Reisen.

Reisen lässt uns müder, selbstsicherer, weitaufmerksamer und vorurteilsfreier werden. Aber vor allem macht Reisen einen Riesenspaß.

Wie wertvoll die eigentlich selbstverständliche Freiheit ist, über Ländergrenzen hinweg und auf andere Kontinente fahren und fliegen zu können, begreifen wir erst so richtig, wenn sie uns genommen wird. Die Corona-Pandemie hat die Reisefreiheit vorübergehend schmerzlich eingeschränkt, aber unsere Erinnerungen an all unsere früheren Reiseerlebnisse konnte sie uns nicht rauben.

Gut, wenn wir all das, was wir auf Reisen erlebt haben, aufgeschrieben und mit Fotos oder Videos festgehalten haben. Dann bleibt uns die Erinnerung länger erhalten und verblasst nicht so leicht. So können wir unsere Touren und Trips auch nach Jahren noch so nachvollziehen, als wären wir gestern erst nach Hause gekommen. Und wenn wir später selbst Kinder haben, können wir ihnen unsere spannenden Abenteuer aus der Jugendzeit vorlesen.

Klar, das Schreiben und auch das Sortieren der Fotos macht etwas Arbeit. Aber diese Arbeit wird, wenn sie gut ist, auch belohnt – mit dem A. E. JOHANN-Preis, der alle drei Jahre ausgeschrieben wird. Die Gewinner erhalten ein schönes Taschengeld für ihre Reisekasse.

TEILNAHMEBEDINGUNGEN

Was darf eingereicht werden?

- Texte*
- Mit Bildern oder Zeichnungen illustrierte Texte*
- Reisegebücher*

* in deutscher Sprache

Die Reisegeschichten müssen auf eigenen, wahren Erlebnissen beruhen und dürfen maximal 12 Seiten (Schrift Arial, Größe 12 pt.) umfassen.

Wann ist Einsendeschluss?
31. März 2022

Wohin werden die Beiträge geschickt?
Bitte per E-Mail (nur PDF- oder DOC-Dateien) an A.E.Johann-Gesellschaft@web.de oder per Post an
A. E. Johann-Gesellschaft
A. E. Johann-Weg 1
34593 Knollwald

Alle Wettbewerbsbeiträge müssen mit vollständigem Namen, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse und Geburtsdatum gekennzeichnet sein.

Wer bewertet die Beiträge?
Eine vom Netzwerk (siehe Rückseite) berufene Jury wird die Beiträge kritisch bewerten und prämiieren.

Die Preisträger
werden bis zum 31. August 2022 schriftlich informiert.

Die Preisverleihung
findet am 8. Oktober 2022 in Oerrel bei Hankensbüttel (büdliche Lüneburger Heide) statt. Hier hat A. E. Johann von 1978 bis 1996 gewohnt.

A. E. JOHANN-Preis 2022

WAS GIBT ES ZU GEWINNEN?

Der A. E. Johann-Preis wird in 3 Altersgruppen verliehen:

Altersgruppe 1 (12 bis 15 Jahre)

1. Preis	200,- Euro
2. Preis	120,- Euro
3. Preis	80,- Euro

Altersgruppe 2 (16 bis 20 Jahre)

1. Preis	250,- Euro
2. Preis	150,- Euro
3. Preis	100,- Euro

Altersgruppe 3 (21 bis 25 Jahre)

1. Preis	300,- Euro
2. Preis	200,- Euro
3. Preis	100,- Euro

Die besten Beiträge aus jeder Altersgruppe werden in einem Buch veröffentlicht (längere Beiträge auszugswise).

WO DIE ERDE AM SCHÖNSTEN IST: ÜBERALL, WO FRIEDEN HERRSCHT UND FREIHEIT

A. E. JOHANN

Die A. E. Johann-Gesellschaft freut sich über jede Spende.
A. E. JOHANN-GESellschaft e.V.
BAN DE60 2579 1516 0111 4743 00

Die Preisträger 2019 mit dem Vorsitzenden der A. E. Johann-Gesellschaft, Rudi Züch (links) und Lions-Club-Präsident Joachim Grahn (rechts).
Foto: Rüdiger Dieck

Gestaltung: Inka Lohke-Zarth, Christa Meweschen & Medien

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe A. E. Johann-Freunde!

Der neue Flyer, wie immer von Inka Korth super gestaltet, wird Ihnen sicherlich gefallen und hoffentlich viele junge Menschen animieren am Wettbewerb teilzunehmen.

In der Woche nach Ostern werden wir einen kurzen Spot zum Preis aufnehmen und auf der Homepage und im Internet einstellen.

Wir wollen viele junge Menschen auf den Wettbewerb aufmerksam machen und bieten Ihnen an, Flyer zu verteilen.

Schreiben Sie uns, wenn Sie Interesse daran haben. Wir senden Ihnen per Post die gewünschte Stückzahl.

Auf Ihre Rückmeldung freut sich der Vorstand der A. E. Johann-Gesellschaft e.V.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Wolters Karin Hübscher Rudi Zülch

Kontakt:

Vorsitzender Rudi Zülch

A.E. Johann-Weg 1

D-34593 Knüllwald

FON: 05681-3992

Handy: 0173-2936098

Email: a.e.johann-gesellschaft@web.de

www.a-e-johann.de

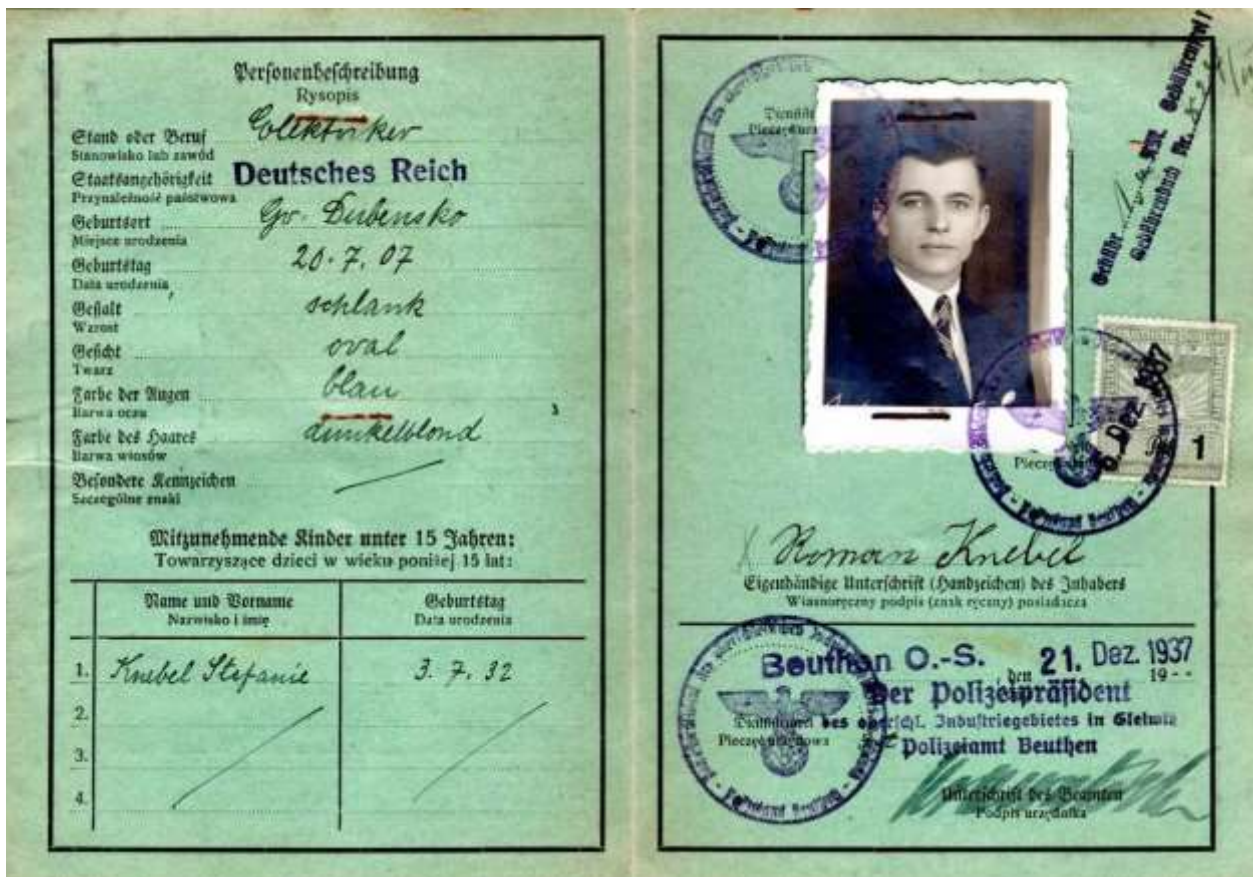
02) Eine besondere Marke ...

Was Ausweispapiere, Briefmarken und andere Dokumente über die Vergangenheit erzählen können

Von Silke Findeisen

Pressemitteilung von Haus Schlesien, 09.02.2021

<https://www.kulturforum.info/de/kk-magazin/news-tipps/news/8365-eine-besondere-marke>



Ausweis des 1907 in Groß Dubensko geborenen Roman Knebel. © Haus Schlesien 20.02.2021

Dieser Tage jährt sich zum einhundertsten Mal die Volksabstimmung in Oberschlesien, ein Grund an das Ereignis, seine Ursachen und Folgen zu erinnern – waren diese doch für Deutschland, besonders jedoch für Schlesien von einschneidender Bedeutung. Eine Reihe von Veröffentlichungen, Ausstellungen und Veranstaltungen sind zu dem Thema geplant. Dieser für die Entwicklung der Region wichtige Jahrestag fügt sich in eine Serie von Jubiläen und Gedenktagen ein, denen in den letzten Jahren eine gewisse mediale Aufmerksamkeit zuteilwurde und die Anlass boten, an die mit ihnen in Zusammenhang stehenden Geschehnisse zu erinnern bzw. über sie zu informieren: 100 Jahre Ausbruch des Ersten Weltkrieges, 70 Jahre Flucht und Vertreibung, 100 Jahre Pariser Vorortverträge, 80 Jahre Überfall auf Polen, 75 Jahre Kriegsende ...

An diese historischen Daten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu erinnern, die nicht nur aber auch für Schlesien einschneidende und prägende Konsequenzen hatten, ist

wichtig, um die Geschichte zu verstehen und aus ihr zu lernen. Es sind Ereignisse an die immer weniger oder gar keine Menschen mehr eigene Erinnerungen haben. Geblieben sind die Einträge in die Geschichtsbücher und eine Vielzahl »stummer Zeugen« in Form von Dokumenten, Fotos und Erinnerungsstücken. Diese berichten nicht unbedingt von der »großen Geschichte«, die in den Chroniken thematisiert wird, sondern von den Menschen, vom Alltag, von ganz persönlichen Erlebnissen – sie erzählen Geschichten.



In der Sammlung von Haus Schlesien findet sich eine Fülle solcher »papierener Zeitzeugen«, die, wenn man sie sich genau anschaut, gar nicht so stumm sind, wie sie zu sein scheinen. Es bedarf nur eines genauen Blicks auf das Dokument, die Umstände, wie es entstanden ist, wer es bewahrt hat und wie es in die Sammlung gekommen ist – zusammen mit dem Wissen um den historischen Kontext lassen sich dann oftmals aus diesen Schriftstücken und Fotos persönliche Schicksale oder sogar ganze Lebensgeschichten herauslesen.

Alte Ausweispapiere zum Beispiel sind mehr als nur der Beleg dafür, dass eine Person einmal existiert hat. Sie sind auch Zeugnisse der Zeit und erzählen ein Stück vom Leben ihrer Besitzer. Daraus erfahren wir etwas über diese Menschen – wann sie geboren wurden, wie sie hießen und wo sie lebten, welchen Beruf sie ergriffen haben, wohin sie gereist sind, ob und wann sie eine Familie gegründet haben. Die Ausweis- und Verkehrskarten des 1907 in Groß Dubensko geborenem Roman Knebel zum Beispiel dokumentieren sein Leben dies- und jenseits der nach der Abstimmung gezogenen Grenze durch Oberschlesien. Aus den Papieren lässt sich damit auch etwas über die Geschichte der Region ablesen. Denn ob die Dokumente von der Interalliierten Kommission ausgestellt wurden oder den Stempel des Polizeipräsidenten in Breslau tragen, ob der Reichsadler bekrönt ist oder das Hakenkreuz in seinen Krallen hält, ob die Papiere in deutscher, polnischer, französischer, englischer oder russischer Sprache verfasst sind – all das weist ihnen ihren Platz in der vielfältigen Geschichte Schlesiens zu.

Ein anderes Beispiel können Briefe sein – und das gilt nicht nur für die enthaltene Textbotschaft, die der Absender an den Adressaten richtete. Auch das Briefkuvert kann schon viel über Absender, Adressaten und die Zeit und Region, in der sie lebten erzählen. Briefumschläge sind häufig bedruckt, z. B. mit Firmenadressen und Logos, was Aufschluss über die Profession des Absenders, die Firma und vielleicht sogar den Anlass des Briefes gibt. Briefmarke und Stempel sind bei genauerer Betrachtung zuweilen ebenfalls sehr informativ. Portowerte in Milliardenhöhe stammen aus der Zeit der Hyperinflation 1923 und können auch bei unleserlichen Stempeln recht gut datiert werden, da die Portopreise sich fast wöchentlich änderten. Motive und Aufdrucke der Briefmarken weisen oft ebenso wie

Sonderstempel auf besondere Ereignisse hin. Ein Beispiel sind Briefmarken mit dem Aufdruck »S.O 1920«, die in der Region Teschen auf das dort geplante und nie durchgeführte Plebiszit hinwiesen. Oder »französische« Marken, die aus der Zeit nach Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages stammen. Als Anfang Februar 1920 die »Interalliierte Regierungs- und Plebiszitkommission« unter Vorsitz der Franzosen in Oberschlesien die Macht übernahm, erlangte sie – abgesehen von Gesetzgebung und Steuerwesen – sämtliche Befugnisse der deutschen bzw. preußischen Behörden und führte auch eigene Briefmarken ein.

Solche und ähnliche Geschichten verbergen sich hinter den teilweise abgegriffenen und etwas unscheinbar wirkenden Papieren, und warten darauf erzählt zu werden. Haus Schlesien tut dies regelmäßig in seinem seit Herbst 2019 betriebenen [deutsch-polnischen Internetblog](#). Unter dem Titel »**Die Geschichte(n) hinter den Objekten. Schlesische Lebensschicksale zwischen Kaiserreich und Volksrepublik**« werden Dokumente und Fotos aus dem Archiv sowie Ausstellungsstücke, hinter denen sich interessante Geschichten verbergen, gezeigt und erläutert. Ergänzt wird dies durch Gastbeiträge polnischer Stadt- und Regionalmuseen aus Schlesien, die ebenfalls Geschichten zu Objekten ihrer Sammlungen verfassen und mit Illustrationen versehen im Blog veröffentlichen. Diese kleinen und größeren, teilweise sehr persönliche Geschichten vermitteln den Lesern so ganz nebenbei ein Stück schlesische Geschichte.

Die Autorin ist im [Haus Schlesien](#) für Bibliothek und Archiv zuständig.

03) KK (Kulturkorrespondenz östliches Europa) nun auch im Digital-Abo verfügbar – für Studierende sogar kostenfrei

<https://www.kulturforum.info/de/kk-magazin/news-tipps/news/8365-eine-besondere-marke>



Ob zum gemütlichen Kaffee auf der Couch, beim Reisen in der Bahn oder abends zum Einschlafen - die *Kulturkorrespondenz östliches Europa (KK)* passt zu vielen Situationen und bietet aufschlussreiche Hintergründe, gehaltvolle Unterhaltung und neue Perspektiven aus dem östlichen Europa: von Gesprächen mit prominenten Kochbuchautoren über Reportagen von böhmischen Weinbergen bis hin zu historischen Beiträgen, etwa über den Tourismuspionier Carl Stangen, eine Art deutscher Thomas Cook aus Breslau.

Seite 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 787 vom 08.04.2021

Die *KK* blickt auf eine über 50-jährige Tradition zurück und wagt nun einen weiteren Schritt in Richtung Zukunft: Mit dem Angebot des ab der März-Ausgabe erhältlichen PDF-Abos kann die *KK* nun auch auf digitalen Endgeräten wie PC, Laptop, Tablet oder Mobiltelefon gelesen werden. Ideal zum Reisen, für Menschen mit Wohnsitz im Ausland oder für besonders umweltbewusste Leserinnen und Leser.

Neu bei der *KK* ist auch die die zweimonatliche Erscheinungsweise und ein reduzierter Preis:

Das Print-Jahresabo gibt es für 18,- € im Jahr inklusive der PDFs, das Digital-Abo kostet nun 15,- € und im Rahmen der Nachwuchsförderung erhalten es Auszubildende und Studierende sogar kostenlos.

Weitere Informationen und Bestellung möglich direkt auf www.kulturkorrespondenz.de
<https://www.kulturforum.info/de/kk-magazin>
Fotos dazu honorarfrei [hier](#).

Pressekontakt

Markus Nowak und Renate Zöller
Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 Haus K1
14467 Potsdam
Tel. +49 (0)331 20098-16
redaktion@kulturforum.info

04) Internationale Auszeichnung für IfL-Direktor Sebastian Lentz

Medieninformation, Leipzig, den 30. März 2021



Foto Sebastian Lentz:

<https://leibniz-ifl.de/presse/pressefotos>

Sebastian Lentz, Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde und Professor für Regionale Geographie an der Universität Leipzig, ist von der Russischen Geographischen Gesellschaft mit der Semjonow-Medaille in Gold ausgezeichnet worden.

Anlässlich ihres 175-jährigen Bestehens verleiht die Russische Geographische Gesellschaft Professor Sebastian Lentz die P.P. Semjonow-Medaille in Gold für seine Forschungen zu Transformationsprozessen in Russland und dem östlichen Europa. Das Preisgremium würdigt besonders die von ihm initiierten Projekte mit russischen Wissenschaftlern und die Förderung junger Geographinnen und Geographen aus Russland durch Kooperationsprogramme in Deutschland, vor allem am Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig.

Sebastian Lentz: „Ich freue mich sehr über die Auszeichnung und fühle mich sehr geehrt. Sie ist vor allem eine große Anerkennung unserer langjährigen Zusammenarbeit mit vielen russischen Kolleginnen und Kollegen und unserer intensiven Bemühungen, Klischees und Vorurteile über Russland und das östliche Europa durch differenzierte Analysen und gemeinsame Forschung vor Ort abzubauen“.

Sebastian Lentz leitet das IfL seit 2003. Das Institut forscht zu aktuellen sozialräumlichen Entwicklungen, insbesondere im östlichen Europa, und in Deutschland. Es unterhält seit vielen Jahren enge Kooperationsbeziehungen zu Forschungseinrichtungen und Forschenden in Russland und anderen postsozialistischen Staaten. Zusammen mit der Universität Leipzig und sieben weiteren Partnern betreibt das IfL den Leibniz-Wissenschafts-Campus „Eastern Europe – Global Area“. Das Netzwerk fördert junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen in Mitteldeutschland über die Position des östlichen Europa und Russlands in Globalisierungsprozessen forschen möchten.

Die nach dem Forschungsreisenden und Geographen Pjotr Petrowitsch Semjonow-Tjanschanski benannte Medaille wird von der Russischen Geographischen Gesellschaft seit 1899 an herausragende Wissenschaftler verliehen. Erst fünf nichtrussische Forscher erhielten bislang die renommierte Auszeichnung. Letzter ausländischer Preisträger vor Sebastian Lentz war 2015 der US-amerikanische Geograph John O’Loughlin.

Kontakt:

Prof. Dr. Sebastian Lentz

s_lentz@leibniz-ifl.de

Pressekontakt:

Dr. Peter Wittmann
Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Schongauerstraße 9
04328 Leipzig

Tel.: +49 341 600 55-174

Fax: +49 341 600 55-198

presse@leibniz-ifl.de

www.leibniz-ifl.de

blog.leibniz-ifl.de

Das **Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)** in Leipzig analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Als einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Geographie im deutschsprachigen Raum ist das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, die 96 selbstständige Forschungseinrichtungen verbindet. Das IfL wird gefördert mit Steuermitteln auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. [www.leibniz-ifl.de]



05) Ira Peter wird Stadtschreiberin in Odessa/Odesa 2021

Die Journalistin wird ab Mai aus der ukrainischen Schwarzmeermetropole berichten



Der Bahnhof in Odessa |

Foto: © Deutsches Kulturforum östliches Europa 2015, K. Harer 22.03.2021

Eine vom Deutschen Kulturforum östliches Europa berufene Jury, der auch zwei ukrainische Vertreterinnen angehörten, entschied sich für die Journalistin Ira Peter als Stadtschreiberin von Odessa/Odesa.

Das Stadtschreiber-Stipendium des Deutschen Kulturforums östliches Europa, das von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) dotiert wird, dient dazu,

das gemeinsame kulturelle Erbe der Deutschen und ihrer Nachbarn in jenen Regionen Mittel- und Osteuropas, in denen auch Deutsche gelebt haben oder heute noch leben, in der breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen. Es soll darüber hinaus das gegenseitige Verständnis und den interkulturellen Dialog fördern. Als Wanderstipendium konzipiert, war es bisher in Danzig/Gdańsk (2009), Fünfkirchen/Pécs (2010), Reval/Tallinn (2011), Marburg an der Drau/Maribor (2012), Kaschau/Košice (2013), Riga/Rīga (2014), Pilsen/Plzeň (2015), Breslau/Wrocław (2016), Kronstadt/Braşov (2017), Lemberg/Lwiw (2018), Allenstein/Olsztyn (2019) und Rijeka/Fiume (2020) angesiedelt.

Partner des Kulturforums bei der Durchführung des Stipendiums in Odessa 2021 ist die Gesellschaft »Geisteswissenschaftliche Tradition Odessa«.

Ira Peter wird ihren fünfmonatigen Aufenthalt in Odessa voraussichtlich Mitte Mai 2021 antreten. Während dieser Zeit wird sie ein Internettagebuch führen und dort über Begegnungen und Begebenheiten berichten. Über ihren Blog kann man mit der Autorin ab Mai 2021 in Kontakt treten. Eine Übersetzung der Einträge ins Ukrainische ist vorgesehen.

Ira Peter wurde in Kasachstan geboren. Ihre Großeltern waren deutsche Kolonisten in Wolhynien, Westukraine, und wurden 1936 nach Nordkasachstan deportiert. Seit 1992 lebt Ira Peter in Süddeutschland. Sie studierte französische und russische Literaturwissenschaften sowie Psychologie an den Universitäten Heidelberg und Nizza. Heute arbeitet sie als freie PR- und Marketingberaterin, Autorin und Journalistin. Seit 2017 setzt sie sich öffentlich - in journalistischen Beiträgen, sozialen Medien, kulturellen Projekten in Deutschland und der Ukraine, im Podcast Steppen Kinder und als Rednerin bei Veranstaltungen - mit russlanddeutschen Themen auseinander. Auf diese Weise möchte sie zu einem ausgewogenen Bild der Deutschen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken in der Öffentlichkeit beitragen sowie Integration und Demokratie fördern.



Ira Peter | Foto: © Edwin Bill, 2021

Träger des Stipendiums



- Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam
- Gesellschaft »Geisteswissenschaftliche Tradition Odessa«
(ГРОМАДСЬКА ОРГАНІЗАЦІЯ ОДЕСЬКА ГУМАНІТАРНА ТРАДИЦІЯ)

Ansprechpartner und Kontakt

Deutsches Kulturforum östliches Europa e. V.
Dr. Klaus Harer
T. +49 331 20098-44
F. +49 331 20098-50
E-Mail: harer@kulturforum.info
www.stadtschreiber.kulturforum.info

Kontakt

Deutsches Kulturforum östliches Europa e. V.
Dr. Klaus Harer
T. +49 331 20098-44
F. +49 331 20098-50
E-Mail: harer@kulturforum.info
www.stadtschreiber.kulturforum.info

Deutsches Kulturforum östliches Europa
Berliner Straße 135 | Haus K1
14467 Potsdam

Tel. +49 (0)331 20098-0
Fax +49 (0)331 20098-50
www.kulturforum.info

06) Dr. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), wieder Mitglied des Deutschen Bundestages



Pressemitteilung

Dr. Bernd Fabritius wieder Mitglied des Deutschen Bundestages „Offene Baustellen fertigstellen“

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, ist als Abgeordneter der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) in den Deutschen Bundestag nachgerückt. Am gestrigen Abend unterzeichnete er beim bayerischen Landeswahlleiter die Annahme des Mandats. Fabritius gehörte dem Bundestag bereits in der letzten Legislaturperiode an.

„Ich freue mich sehr, in der verbleibenden Wahlperiode gerade an solchen Projekten mitzuwirken, bei denen das Ziel in Sicht, aber noch nicht erreicht ist. Auch aus der Perspektive des BdV gibt es einige offene Baustellen, für deren Fertigstellung ich meinen Beitrag im Sinne gegebener Wahlversprechen leisten möchte“, erklärte Dr. Fabritius und bezog sich damit u.a. auf die Verbesserung der Alterssituation von Spätaussiedlern. Als eine seiner ersten „Amtshandlungen“ trat er erneut der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei.

Der Einsatz für deutsche Heimatvertriebene, für Aussiedler und Spätaussiedler, für angestammte Minderheiten in Deutschland und deutsche Minderheiten in den Nachbarländern und in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion wird also auch in der Funktion als Bundestagsabgeordneter ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt für den BdV-Präsidenten bleiben.

Dementsprechend werde er sein Amt als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, das er seit April 2018 ausübt, „mit viel Elan und Herzblut auch als Abgeordneter fortsetzen“, so Fabritius abschließend.

23. März 2021

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc-Pawel Halatsch
Pressesprecher
Pressehaus 4204
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urheberbenennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotivwünsche haben, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



**07) Bund der Vertriebenen: Selbstbestimmungsrecht der Völker achten.
100 Jahre Volksabstimmung über Oberschlesien**



Pressemitteilung

**Selbstbestimmungsrecht der Völker achten
100 Jahre Volksabstimmung über Oberschlesien**

**Zum 100. Jahrestag der Volksabstimmung über Oberschlesien erklärt
BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:**

Der Bund der Vertriebenen erinnert heute an die Volksabstimmung, mit der die Bewohner Oberschlesiens am 20. März vor 100 Jahren über das Schicksal ihrer Heimat abstimmten.

Es hat eine besondere geschichtliche Tragik, dass der „Schmelztiegel“ Oberschlesien, in dem unterschiedliche Volks- und Sprachgruppen bis dato einträchtig miteinander gelebt hatten, in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zum Schau- und Kampfplatz nationalistischer Interessenskonflikte wurde.

Mitbürger, Nachbarn und Freunde – insgesamt rund 1,22 Millionen Stimmberechtigte – waren angehalten, sich zwischen Deutschland oder Polen zu entscheiden. Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 98 Prozent stimmten 59,4 Prozent für einen Verbleib bei Deutschland. 40,4 Prozent stimmten für eine Abtretung an Polen. Damit waren überraschend mehr Menschen dafür, den Status quo zu erhalten, als der hohe Anteil von Polen im Abstimmungsgebiet hatte erwarten lassen.

Was als klare Entscheidung hätte gewertet werden können, führte zum Dritten Polnischen Aufstand in Oberschlesien, der in der Schlacht am St. Annaberg im Mai 1921 gipfelte. Auch weil die polnische Regierung diesen Aufstand offiziell verurteilte und nicht etwa guthieß, verfügten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges mit Bezug auf den Versailler Vertrag am 20. Oktober 1921 die Teilung Oberschlesiens.

Dieses vielerorts als Willkür bewertete Vorgehen wurde in den Folgejahren insbesondere von den deutschen Nationalsozialisten auf ihrem Weg an die Macht und in den Zweiten Weltkrieg instrumentalisiert.

Die Volksabstimmung über Oberschlesien mahnt daher in besonderem Maße, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu achten. Gerade in multiethnischen Regionen müssen nationale Interessen auch auf die Vermeidung ethnischer Konflikte gerichtet sein.

Auch aus diesem Grund haben sich die deutschen Heimatvertriebenen schon 1950 in ihrer Charta der „Schaffung eines geeinten Europas“ verschrieben, „in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können“. Dies ist bis heute die Basis unseres verständigungspolitischen Einsatzes über die Grenzen hinweg.

20. März 2021

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc-Pawel Halatsch
Pressesprecher
Pressehaus 4204
Schiffbauerdamm 40
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotive wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



08) „Minority SafePack“-Bürgerausschuss reicht Klage bei EU-Gericht ein

Am 24. März 2021 reichte der Bürgerausschuss der Europäischen Bürgerinitiative „**Minority SafePack - Eine Million Unterschriften für die Vielfalt in Europa**“ (MSPI) – genau genommen waren es fast 1,2 Millionen - beim Gericht der Europäischen Union eine Klage auf Nichtigerklärung der Entscheidung der Kommission über die MSPI ein, die sie in ihrer Mitteilung vom 15. Jänner 2021 kundgetan hatte.

Die Klageschrift basierte auf einer **sorgfältigen juristischen Prüfung** der Mitteilung der Kommission durch den Bürgerausschuss, die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) als Koordinatorin der europäischen Unterschriftensammelaktion sowie ihrer Rechtsvertreter. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Mitteilung tiefgreifend mangelhaft ist, weil die Europäische Kommission darin gegen ihre gesetzliche Begründungspflicht verstoßen und offensichtliche Beurteilungsfehler begangen habe.

Die Kommission habe es versäumt, die Initiative **richtig zu interpretieren**. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen seien im Hinblick auf die Ziele der Minority SafePack Initiative offensichtlich unangemessen. [Bitte lesen Sie hier weiter.](#)

<https://www.fuen.org/de/article/Der-Buergerausschuss-der-Europaeischen-Buergerinitiative-Minority-SafePack-fordert-das-Gericht-der-Europaeischen-Union-auf-die-Entscheidung-der-Kommission-zur-Initiative-fuer-nichtig-zu-erklaren>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 39, 2021

Wien, am 30. März 2021

09) Der Bürgerausschuss der Europäischen Bürgerinitiative "Minority SafePack" fordert das Gericht der Europäischen Union auf, die Entscheidung der Kommission zur Initiative für nichtig zu erklären



24.03.2021

Am 24. März 2021 reichte der Bürgerausschuss der Europäischen Bürgerinitiative "Minority SafePack - Eine Million Unterschriften für die Vielfalt in Europa" (MSPI) beim Gericht der

Europäischen Union eine Klage auf Nichtigerklärung der Entscheidung der Kommission über die MSPI ein, die sie in ihrer Mitteilung vom 15. Januar 2021 kundgetan hatte.

Die Klageschrift basierte auf einer sorgfältigen juristischen Prüfung der Mitteilung der Kommission durch den Bürgerausschuss, die Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) als Koordinatorin der europäischen Unterschriftensammelaktion sowie ihrer Rechtsvertreter. Sie kamen zu dem Schluss, dass die Mitteilung tiefgreifend mangelhaft ist, weil die Europäische Kommission darin gegen ihre gesetzliche Begründungspflicht verstoßen und offensichtliche Beurteilungsfehler begangen habe.

Die Kommission habe es versäumt, die Initiative richtig zu interpretieren. Die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen seien im Hinblick auf die Ziele der Minority SafePack Initiative offensichtlich unangemessen.

Es liegen auch ausreichende Gründe für die Annahme vor, dass die Kommission ihrer Begründungspflicht nicht nachgekommen ist, was einen groben Verfahrensfehler darstellt. Darüber hinaus sei die Kommission nicht auf die mündlichen Ausführungen eingegangen, die die Initiatoren bei dem Treffen mit der Kommission und bei der öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament vorgebracht haben. Die Kommission ging auch nicht auf die detaillierten schriftlichen Erläuterungen und Klarstellungen zum Anwendungsbereich der MSPI ein, welche von den Initiatoren vorgelegt wurden.

Aufgrund der obigen Ausführungen erachteten der Bürgerausschuss und die FUEN hinreichende Gründe für einen Antrag auf Nichtigerklärung der Mitteilung der Kommission.

Weiterlesen

[Die Online-Konferenz "Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Mittel- und Mitteleuropa" wird im März mit dem Fokus auf die Länder Ungarn, Kroatien und die Slowakei fortgesetzt FUEN TAG hält erstes Online-Themen-](#)

Kurz nach der Ablehnung des Projekts reagierte das MSPI-Bürgerkomitee auf diese Entscheidung. Auch der Verband der Deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen äußert sich dazu.

<https://vdg.pl/de/portal/aktuelles/politik/item/5473-stellungnahme-des-vdg-zur-ablehnung-der-initiative-minority-safepack>



Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen
Związek Niemieckich Stowarzyszeń Społeczno-Kulturalnych w Polsce

ul. J. Słowackiego 10, 45-364 Opole
tel./fax: 774538507, e-mail: biuro@vdg.pl, www.vdg.pl

Oppeln, den 9. Februar 2021

Az.: 212/II/2021

Präsidentin der Europäischen Kommission
Frau Ursula von der Leyen
Vizepräsidentin der Europäischen Kommission
Frau Vera Jourová

**Stellungnahme des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen zur
Mittlung C(2021)171 der europäischen Kommission**

Sehr geehrte Präsidentin Von der Leyen,
Sehr geehrte Vizepräsidentin Jourová,

in Anlehnung an das Motto der Europäischen Union "In varietate concordia – In Vielfalt geeint" und an die EU-Verträge, in denen es heißt: "Die Werte, auf die sich die Union gründen, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören", wurde die Minority SafePack – eine demokratische Initiative der EU-Bürger – als ein Dokument ausgearbeitet, der zum Schutz und Förderung der in Europa lebenden Minderheiten beitragen soll. Denn obwohl die Werte aller zur Europäischen Union gehörenden Staaten gemeinsam sind, stoßen die in Europa lebenden Minderheiten nach wie vor auf Diskriminierung.

Schwerpunkte der in Zusammenarbeit mit Vertretern der Minderheiten aus ganz Europa formulierten 7 Punkte des Dokuments konzentrierten sich um Bildung, Sprachenvielfalt und Gleichstellung der Minderheiten. Die Anerkennung und letztlich auch die Umsetzung deren würde für die Europäische Union eine große Aufgabe bedeuten, ihre Umsetzung aber wäre für die europäische Vielfalt von großem Nutzen.

Wir waren uns dessen bewusst, dass nicht alle Punkte der Minority-SafePack Initiative von der Europäischen Kommission angenommen werden. Die mehr als 25 Tausend Unterschriften in Polen, mehr als eine Million Unterschriften in ganz Europa, die Zustimmung des Bundestages sowie des Europäischen Parlaments hat uns aber darin befestigt, dass unsere Bemühungen einen Sinn und das die geäußerten Vorschläge einen großen Wert haben.

Umso mehr waren wir über die am 15. Januar übermittelte völlige Ablehnung des Ganzen enttäuscht. Somit schien es für uns, dass sich in kommenden Jahren der Schutz der in der EU lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten nicht verbessern wird und die unterschiedlichen Standards in den Mitgliedsländern in Bereichen wie Schulwesen, Zugang zu Medien, aber auch die finanzielle Förderung ungleich bleiben werden. Die Bürgerinitiative, die sich für mehr als 50 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürger einsetzte, wurde am Ende des mühsamen Weges verworfen.

Dennoch hören wir damit nicht auf, auf eine erneute Überprüfung des Dokuments durch die Europäische Kommission zu hoffen.

Hochachtungsvoll

Bernard Gaida
Vorsitzender